

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 Reichsmark für achtwöchige, 0,40 Reichsmark für dreimonatliche, 0,50 Reichsmark für sechsmonatliche, 1,00 Reichsmark für einjährige. Die Belegblätter für Buchbindungen sind zu besonderen Preisen zu haben. — Für die Aufnahme von Anzeigen in besonderen Rubriken sind besondere Preise zu vereinbaren.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2 R. Mark pro Quartal, 6 R. Mark pro Halbjahr, 12 R. Mark pro Jahr. Bei Postzustellung durch 2 R. 50 Pf. pro Quartal, 6 R. 50 Pf. pro Halbjahr, 12 R. 50 Pf. pro Jahr. Einzelnummer 10 R. Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 114

Dienstag, 17. Mai 1927

XXXV. Jahrg.

Beginn der Londoner Festlichkeiten

Heute Ankunft Doumergues und Briands in England — Aufsehenerregende Erklärung des Reichswehrministers
Das verschwundene englische Staatsdokument nicht gefunden

Erste Beschlüsse in Genf

Die Weisbegünstigungsklausel in künftigen Handelsverträgen

Telegramm unsres nach Genf entsandten Korrespondenten

11. Genf, 16. Mai

Das Redaktionskomitee der Handelskommission hat heute vormittag seine Entschlüsse über die Handelsverträge und die Zollfrage kundgegeben. Nachmittags werden die nachstehend aufzunehmenden Resolutionen zur Annahme gelangen und dürften wahrscheinlich übermorgen zur Abstimmung in das Plenum der Handelskommission kommen.

Die Vorschläge hinsichtlich der Handelsverträge lauten:

1. Das wechselseitige Zugeständnis der Weisbegünstigungsklausel, was Zollrechte und Handelsbeschränkungen betrifft, bildet den wesentlichen Teil der freien und normalen Beziehungen zwischen den Staaten. Es ist im Interesse der Stabilität und der Sicherheit des Handels unbedingt notwendig, daß die Weisbegünstigungsklausel für einen genügenden Zeitraum mit Hilfe der Handelsverträge garantiert wird. Die Konferenz soll zwar ein, daß es Sache jedes einzelnen Staates ist, zu entscheiden, in welchem Falle und in welchem Umfang die Weisbegünstigungsklausel einem Handelsvertrag eingegliedert werden soll, doch empfiehlt sie dringend, daß die Tragweite und die Form dieser Klausel einen möglichst breiten und liberalen Charakter erhält und daß die Weisbegünstigung nicht abgeschwächt noch eingeschränkt wird durch besondere Diskussionen oder Nebenabreden.

2. Bezieht die Konferenz, daß der Völkerbundrat die Wirtschaftsektion beauftragt, einen Gedankenentwurf sowie ein Untersuchungsverfahren einzuleiten, um die inneren Maßnahmen vorzunehmen, die es erlauben, ein einheitliches Tarifsystem in den verschiedenen europäischen Ländern anzubahnen und dieses System zur gemeinsamen Grundlage für die künftigen Handelsverträge zu machen.

(Vergl. die ausführliche Meldung auf Seite 3)

Die deutschen Sachleistungen

Telegramm unsres nach Genf entsandten Korrespondenten

11. Genf, 16. Mai

Die veranlaßt, ist im Redaktionskomitee der Handelskommission, dessen Resolutionsentwurf gebildet worden ist, ein Dreierauschuß gebildet worden, bestehend aus Trendelenburg, Ferrus und Norman Davis (Amerika). Dieser Sonderauschuß hat die Aufgabe, einen Vorschlag über die Sachleistungen Deutschlands und den Zusammenhang dieser Verpflichtungen mit der allgemeinen Zolltarifpolitik festzulegen. An der Vorbereitung dieses wichtigen Vorschlags, der in der gesamten Resolution Aufnahme finden soll, wird jetzt gearbeitet.

Die Konferenz der Kleinen Entente

10. Mai, 16. Mai. Die Konferenz der Kleinen Entente wurde gestern abgeschlossen. Wesentlich wurde die Frage des Verhältnisses zu Italien besprochen. Trotz der abweichenden amtlichen Communiqués, die die Einigkeit der Meinungen und die Festigkeit der Kleinen Entente betonen, ist eine Einheitsmeinung in der Frage des Verhältnisses zu Italien nicht erzielt worden. Das gleiche gilt für einzelne Fragen des Verhältnisses zu Ungarn. Auch das Verhältnis der einzelnen Staaten zu Deutschland wurde erörtert.

In dem amtlichen Communiqué über die Schlußfassung wird es u. a.: Die Außenminister beschäftigten sich zunächst mit den verschiedenen Spezialfragen, die ausschließlich die drei Staaten der Kleinen Entente betreffen. Ferner tauchten ihre Ansichten über die verschiedenen Direktionsprobleme auf. Die nächste Konferenz wird in Rumänien Anfang des Jahres 1928 stattfinden.

Die Zukunft der Reichswehr

„Unser Heer nicht in der Lage, die Grenzen zu schützen“

Von Reichswehrminister Dr. Gessler

In der von Richard Bahr herausgegebenen Zeitschrift „Wille und Weisheit“ habe, wie wir letztendlich berichten, der Reichswehrminister a. D. Dietrich kürzlich das Urteil, ob wirklich alles gelte, um aus unserer Reichswehr eine moderne Truppe zu machen. Darauf antwortet in dem heute abgedruckten zweiten Heft des Reichswehrmagazins „Wille und Weisheit“ der Reichswehrminister Dr. Gessler in folgenden ungenau bestimmten Ausdrücken: Die Redaktion

Minister Dietrich, der ein Freund der Reichswehr ist, sorgt sich um die Zukunft der jungen Wehrmacht der deutschen Republik. Er nennt den Heeresetat „enorm“. Groß und klein, viel und wenig sind relative Begriffe; den Militärsachverständigen, der normalen Wehrmacht, ein Riese. Man muß einen Maßstab haben, der trotz der unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern einen Vergleich gestattet. Wenn man die Heeresausgaben in Vergleich zum Volkseinkommen, so ergibt sich, daß für die Wehrmacht ausgeben: Deutschland 1,5 Proz., Frankreich 1,5 Proz., England 2 Proz., Italien 4 Proz., die Vereinigten Staaten 1 Proz. Stellt man sich, was im Verhältnis zur Heeresstärke ausgedrückt wird, so kostet ein Soldat

in Deutschland	4700 Mark
in England	6604 Mark
in den Vereinigten Staaten	8432 Mark

An den Abhängigkeitsgaben unserer Umwelt gemessen, scheinen demnach die Ausgaben für den Heeresetat in Deutschland nicht ansehnlich hoch zu sein. Dringend sind sie für das deutsche Volk, das mit der Zahlung der schweren, noch nicht einmal begrenzten Kriegsschulden an die feindlichen Staaten belastet ist. Die Belastung durch die Abhängigkeitsgaben ist nur erträglich, wenn man die Frage, die Minister Dietrich aufwirft, bejaht: Da es überhaupt Zweck, unter den Besessenen des Versailles-Vertrages die Reichswehr zu erhalten? Das Heer der deutschen Republik ist heute nicht in der Lage, die Grenzen des Reiches zu schützen. Das unser Heer bei einer kriegerischen Auseinandersetzung völlig wertlos sei, wie Minister Dietrich anzunehmen scheint, dünkt mir nicht richtig. Aber das kann nicht bestritten werden, Deutschland ist bei der augenblicklichen militärischen Einordnung über seine Grenzen hinaus abwärts zu sehen. In aber daraus zu folgern, daß wir die aufeinander ruhenden Ausgaben für die Wehrmacht einzeln lösen? Das dieser Gedanke manchem in unserm Volke nahe liegt, ist mir nicht unbekannt und auch in gewissem Grade verständlich. Ich könnte ihm beipflichten, wenn ich den letzten Zustand für einen Dauerzustand ansehe. Das ist er aber nicht. Er widerspricht den leider beschriebenen Rechten, die uns der Versailles-Vertrag gelassen hat. Nach ihm sollte die Entlastung Deutschlands die Grundlage der allgemeinen Abrüstung bilden, die schon in den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson festgelegt ist. Das ist jetzt auch in Genf vom Grafen Bernstorff hervorgehoben und allgemein anerkannt worden.

Wird aber allgemein abgerüstet, so gewinnt die deutsche Wehrmacht Deckschutz. Sie bis zu diesem Zeitpunkt aufzulösen, wäre meines Erachtens ebenso verfehlt, wie wenn der Gärtner den Samen vernichten würde, weil er gerade keinen Platz hat, ihn in die Erde zu bringen, und darüber zornig den nächsten Frühling nicht abwarten mag. Nun sagen viele, den Frühling, auf den Sie warten, den Frühling, der Europa die allgemeine Abrüstung bringen soll, werden wir nie sehen. Ich will diesen Pessimismus in mir nicht aufkommen lassen. Wird aber nicht abgerüstet, dann erlangt Deutschland das moralische Recht, auf dem Gebiete der Landesverteidigung Handlungsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen. Den Zeitpunkt zu bestimmen, wann von diesem Rechte Gebrauch zu machen ist, ist Sache der Außenpolitik. In diesem Augenblick steht die Aufgabe der deutschen Wehrmacht erst recht ein.

Mit Sorge betrachtet Minister Dietrich die organisatorischen Maßnahmen, die für Deutschland Verwirklichung getroffen sind. Er befürchtet, daß man in der Heeresverwaltung von überlebten Anschauungen nicht losläßt und der modernen Entwicklung „gehtlos und armelig“ sich verschließt.

Da wir nicht frei sind, ist für uns im allgemeinen „moderne Entwicklung“, was unsere Nachbarn tun. Wir sehen dort große Vorsicht und tastende Versuche. Schon die Kostspieligkeit der heutigen Kriegsmaschinen schließt vor unerprobter Umorganisation, auch dort, wo volle Freiheit in der Wahl der Kriegsmittel besteht. Minister Dietrich kann aber überzeugt sein, daß wir die Entwicklung bei den freien Völkern mit der gebotenen Aufmerksamkeit verfolgen. Unsere Beobachtungen lassen erkennen, daß man sich überall bemüht, die Einheitlichkeit des Offizierskorps sicherzustellen und seine geistige Ausbildung in jeder Hinsicht zu fördern und nicht, wie einige unserer „Reformer“ vorschlagen, das Niveau zu senken und zu verflachen.

Zur Wehrertüchtigung mancher Dinge, die in meinem Ausdrucksbereich geäußert oder unterbleiben, muß ich den Versailles-Vertrag heranziehen. Dieser Vertrag ist noch durch zahlreiche Ultimaten und Rückkommen überboten. Und wer sich im Laufe der letzten Jahre nicht der Mühe zu unterziehen hat, die vielen Tausende der Rotten der Internationalen Militärkontrollkommission zu beantworten und die in ihnen enthaltenen Forderungen, soweit notwendig und möglich, abzugeben, hat gut von gelisteter Armeeleistung reden. Wir haben drei Kavalleriebrigaden. Man rät uns, die Kavallerie abzugeben und zu lassen, sie vielleicht in Kadaverformationen zu verwandeln. Das wäre ein Abweichen von dem Wortlaut des Versailles-Vertrages und würde uns nicht gestattet werden. Minister Dietrich fordert, wir sollten das Heer motorisieren. Wenn würden wir es tun. Und ich bin sicher, daß die geschwundenen Körperschaften die sehr großen Anforderungen, die dafür nötig wären, gern bewilligten. Denn zweifellos würde sich der militärische Wert des Heeres außerordentlich steigern, wenn wir seine Beweglichkeit erhöhen könnten. Wir sind aber an die Zahl der uns gestatteten Kraftwagen gebunden. Wir können nicht einmal die Verluste in notwendigem Umfang anstellen. Und sieht man mit guten Gründen in unbedenklicher Zahl nur den veralteten Dieselmotor, der wenigstens den Vorteil hat, billig zu sein. Beweis hat die Technik seit dem Ende des großen Krieges manches Neue hervorgebracht — auch in Deutschland. Im großen bleibt und freilich nur übrig, den andern zuzuschauen, wie sie den Krieg vorbereiten, und in unserer Stube darüber nachzudenken, wer die besten Mittel fand und wer von diesen Mitteln organisatorisch den größten Nutzen zieht. Das diese geistige Arbeit nicht ruht, kann jeder feststellen, der leben und hören will.

Herr Minister Dietrich beginnt seine Betrachtung über den Heeresetat mit dem Satz: „Wir leben im Zeitalter der Abrüstung; und deswegen reden wir soviel von der Kruppe.“ Leider ist die Behauptung des konditionalen Vorderatzes nicht richtig. Ich meine, es muß heißen: Wenn wir im Zeitalter der Abrüstung leben, brauchen wir nicht so viel von der Kruppe zu reden.“ So aber raubt uns die Ohnmacht des Vaterlandes den Schlaf und läßt die Erörterung, wie wir aus diesem unerträglichen Zustande herauskommen können, nicht zur Ruhe kommen. Diese Sorge hat auch Minister Dietrich die Feder geführt, und mich dünkt, unsre Auseinandersetzung wird der Sache, der wir beide dienen, Nutzen bringen.

Amerikas Sieg in Nicaragua

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten
10. Mai. (Durch United Press) Der amerikanische Oberkommandierende in Nicaragua, Admiral Calles, und der persönliche Vertreter des Präsidenten Coolidge, Stimson, sind von ihrer Konferenz mit den Führern der liberalen Kräfte in Tipitapa hierher zurückgekehrt. Stimson erklärte, daß die Lage überall ruhig sei; achtzig Prozent der Insurgenten hätten bisher ihre Waffen abgegeben, und er sei eingeladen worden, der entlassenen liberalen Armee eine Rede zu halten und sie über die friedfertigen Absichten der amerikanischen Regierung aufzuklären. Er werde dieser Einladung nach Durchführung der Entwaffnungskampagne Folge leisten.

Französische Staatsvisite

Telegramm unsres Korrespondenten
11. London, 16. Mai

Die Kanonenschiffe, mit denen man den französischen Staatspräsidenten Doumergue und den Außenminister Briand heute mittag um ein Uhr in Tower empfangen wird, werden den Kontakt zu einem farbigen militärischen Festprogramm bilden, bei dem natürlich die gemeinsamen Kriegserinnerungen der Engländer und Franzosen eine große Rolle spielen werden. Es ist verständlich, daß solche Erinnerungen die beiden Völker ziemlich fest aneinander binden. Aber es ist ebenso klar, daß dieser geistige mäßige Freundschaft nicht unbedingt eine politische Seite haben muß. Bemerkenswert ist, mit welcher Zurückhaltung die englische Presse den französischen Präsidentenbesuch begrüßt. Unter der bescheidenen Aufschrift „Ein willkommenes Besuch“ erklären die „Times“, die Annäherung der französischen Staatsmänner werde „nichts mit sich bringen was Verhandlungen, ähnlich wie“.

Die beiden Minister nehmen Abschied von dem französischen Außenminister neben der Vorkammer und der chinesischen Frage besonders das Rheinlandproblem erörtern werden, das durch die deutschen Vorstellungen in Paris wieder akut geworden ist. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, daß die kommende Erörterung ein Vorbild zur nächsten Sitzung des Völkerbundesrat sein werde. Englands Haltung in der Besetzungfrage werde gegenwärtig durch keine Zweckmäßigkeit gründe geleitet. Wenn die Räumungsforderung jetzt erhoben würde, so würde die Diskussion nach Ansicht des „Daily Telegraph“ wahrscheinlich in einer schlechten Stimmung stattfinden, die eine betrübende Lösung erschwere. Das Blatt wird dann noch deutlicher und bemerkt, die britische Diplomatie sei zur Zeit zu sehr durch die Ereignisse in China und Rußland beschäftigt, als daß sie sich mit einer neuen französisch-deutschen Krise befassen könne. Andererseits besche allerdings eine gewisse Besorgnis wegen der inneren Stellung Dr. Stresemanns und man wünsche keineswegs ein entschiedenes Deutschland in die Arme Rußlands zu treiben. Die hochkontervative „Morning Post“, die von jeher für eine enge englisch-französische Zusammenarbeit eingetreten ist, stellt ebenfalls die Rheinlandfrage in der Mittelpunkt des Präsidentenbesuches. Das Blatt glaubt Herrn Chamberlain warnen zu müssen, England solle nicht durch allzu großes Entgegenkommen (!) gegen Deutschland den französischen Standpunkt verletzen. In einer französisch-englischen Einheitsfront liege die beste Hoffnung für die Sicherheit am Rhein. Das gelte auch von der Ostpolitik. Rußland sei nicht weniger der Feind Frankreichs als der des britischen Weltreiches. Ein einziges Blatt, nämlich die liberale „Westminster Gazette“, nimmt eine aus der allgemeinen Haltung herausfallende Stellung ein. Das Blatt weist auf die Schwierigkeiten hin, die Stresemann im deutschen Kabinett habe, weil die Ministerien mit den in Locarno ausgesprochenen „Rückwirkungen“ allzu lange warten ließen. Eine private Erörterung zwischen Briand und Chamberlain werde hoffentlich zu einer entsprechenden Übereinstimmung führen und wenn die Räumung des Rheinlandes wenigstens vorbereitet werde, so werde man Grund haben, sich des kommenden Präsidentenbesuches mit ebensolchem Eifer zu freuen.

Und Deutschland?

Die Bemühungen der „Times“, die französische Staatsvisite als einen losgelassen völlig harmlosen „holiday trip“ hinzustellen, wirken reichlich plump. Die Bedeutung des Besuchs ist sicherlich von einem Teile der französischen Presse und den in Paris erscheinenden französischen Ausgaben gewisser englischer Zeitungen übertrieben worden. Aber ganz so naive ist die öffentliche Meinung der Welt denn doch nicht mehr, daß man sie glauben machen könnte, der französische Minister des Reichens käme lediglich nach England, um sich etwa nach dem Gesundheitszustand seines Kollegen im Foreign Office zu erkundigen. Diese etwas kampfhaften Bemühungen, jede Beunruhigung zu verhindern, können niemals über die Bedeutung der Londoner Tage hinwegtäuschen und unter Umständen gerade das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken — nämlich neue Unruhe schaffen. Im übrigen scheint sowohl vom Quai d'Orsay als auch vom Foreign Office übereinstimmend die Parole an die maßgebenden Zeitungen ausgegeben worden zu sein, unter allen Umständen Schamada